

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Oktober 2008



Wenn das Netz des Vertrauens reißt

Die Bundeskanzlerin wäre sicherlich beunruhigt, wenn sie an einem Sonntagnachmittag erführe, es hätten sich plötzlich gravierende Absatzschwierigkeiten bei einem deutschen Automobilhersteller gezeigt.

Aber sie würde nicht den Wirtschaftsminister anrufen, um sich mit ihm an Ort und Stelle ein Bild von der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens zu machen. Ereilt sie hingegen die Nachricht, eine große Bank habe Schwierigkeiten, ihre Bilanz in Ordnung und ihre Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, dann zögert sich nicht, sich mit dem Bundesfinanzminister an den Ort des drohenden Debakels zu begeben.

Liegt das an ihrer Vorliebe für das Geldwesen? Nein, die Eile und der Druck zu helfen, erklären sich aus dem „systemischen Risiko“, das mit jeder drohenden Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens der Finanzbranche verbunden ist. Unternehmen der Finanzbranche – dazu zählen nicht nur Banken und Sparkassen, sondern auch Fonds und andere Kapitalsammelstellen – sind durch Einlagen und Kredite äußerlich unsichtbar, aber in ihrem Inneren sehr wirksam miteinander verbunden. Kann eine Bank einer anderen Bank eine größere Zahlung nicht leisten oder einen Kredit nicht vereinbarungsgemäß tilgen, dann geht ein Beben durch das Finanzsystem. Des Ersten Zahlungsunfähigkeit wird zur Zahlungsschwierigkeit des Zweiten und zur Geldklemme des Dritten. Würde man aber per Gesetz versuchen, solche Kettenwirkungen völlig zu unterbinden, dann würde das System seine Kraft als flexibler und anpassungsfähiger Finanzvermittler verlieren.

Ein Finanzmarkt ohne Systemverbund ist nicht viel wert, eigentlich nicht einmal vorstellbar. Um das Systemrisiko in Grenzen zu halten, braucht der Finanzmarkt – anders als der Markt für Autos – eine Regulierung. Wenn es dann – wie jetzt – trotzdem knirscht im System, dann wird die Kanzlerin auch am Sonntagnachmittag über einen „Rettungsplan“ nachdenken und verhandeln.

Hans D. Barbier

Geldvermögen in Deutschland

Guthaben auf Girokonten, Rentenpapiere und privater Aktienbesitz summierten sich Ende 2007 auf rund 4,6 Billionen €. Innerhalb von zehn Jahren hat dieser Betrag um mehr als 50 Prozent zugelegt. Der größte Posten des Geldvermögens entfiel mit 1,6 Billionen € auf Bargeld und Einlagen bei den Banken. Dazu zählen auch Termingelder oder Sparbriefe. Weitere 393 Milliarden € waren in Aktien investiert. 545 Milliarden € entfallen auf „Investmentzertifikate“, unter denen in der Berechnung der Deutschen Bundesbank auch Aktien- oder Rentenfonds verbucht sind. Ansprüche aus Versicherungen beliefen sich auf 1,2 Billionen €.

Um das sogenannte Nettogeldvermögen zu ermitteln, müssen noch knapp 1,6 Billionen € Schulden der Bürger abgerechnet werden; das Nettogeldvermögen betrug somit rund 3,1 Billionen €. Immobilien oder Konsumgüter – zum Beispiel Autos – sind in den Berechnungen der Bundesbank nicht enthalten.

www.deutschebundesbank.de/

Globalisierung und Preisentwicklung

Die Globalisierung beeinflusst zunehmend die Preisentwicklung in einzelnen Staaten. Die „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“ benennt im Herbstgutachten die Faktoren, die die

sen Einfluss auf die nationalen Teuerungsraten haben.

Vor allem die Geldpolitiken nähern sich der Stabilitätsorientierung an, wie sie in Europa üblich ist. Das führt in vielen Ländern zu niedrigeren Inflationsraten. Zudem hat der globale Nachfrageanstieg bei Rohstoffen zu einem länderübergreifenden Preisschock geführt. Desweiteren hat die Globalisierung den Wettbewerbsdruck erhöht und Unternehmen weniger Preissetzungsmacht auf dem heimischen Markt gelassen. Zugleich erzeugt die große Zahl gering entlohnter Arbeitskräfte vor allem in asiatischen Ländern Kostendruck; das drosselt die Lohn(kosten-)entwicklung im Rest der Welt. Schließlich haben die günstigen Produktionsmöglichkeiten in Asien viele Güter weltweit verbilligt.

Alle Einflussfaktoren wirken mit unterschiedlicher und im Zeitablauf schwankender Intensität. In den ersten Jahren des neuen Jahrtausends dominierte der Druck auf Produkt- und Arbeitsmärkte und führte zu niedrigeren Teuerungsraten in den Industrieländern.

In den letzten beiden Jahren stiegen dagegen die Rohstoffpreise weltweit rasant. Deswegen nahmen die Verbraucherpreise in Deutschland zuletzt mit einer Jahresrate von etwa drei Prozent zu. Die Preise waren fast doppelt so hoch

wie im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2007.

<http://www.ifw-kiel.de/>

TV-Berieselung für EU-Bürger

Margot Wallström, EU-Kommissarin für Kommunikation, will die EU-Bürger künftig umfassender über europäische Themen informieren lassen: Die Europäer sollen „sich in eine fundierte und demokratische Debatte über EU-Strategien einbringen“. Dazu wird die Kommission erneut die Fernsehberichterstattung fördern, um Informationen über Europa zu vermitteln, die für die Bürger „von Belang“ seien und „einen Beitrag zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit leisten“. Eine entsprechende Ausschreibung der Kommunikations-Kommissarin wurde im August 2008 veröffentlicht. Für fünf Jahre können europäische TV-Sender bis zu 70 Millionen € aus dem EU-Finanztopf erhalten.

Sender, die sich um Zuschüsse bewerben, müssen unter anderem die „Leitlinien der redaktionellen Philosophie“ beschreiben. Zudem verpflichten sich geförderte Sender, europäische Programme regelmäßig zu Hauptsendezeiten auszustrahlen. Bereits 2004 gab es ein Förderprogramm für TV- und Rundfunksender, das ausdrücklich der „Imageverbesserung“ der EU dienen sollte. Gesendet wurden damals Beiträge über die unermüdliche Arbeit der EU-Institutionen und die „wunderbare Vielfalt“ der EU-Subventionen.

http://ted.publications.eu.int/Exec?DataFlow=N_one_doc_access.dfl&Template=TED/N_one_result_detail_curr.htm&docnumber=214387-2008&docId=214387-2008&StatLang=DE

Rettung in der Not?

Die Bundesregierung hat ein „Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz – FMStG)“ auf den Weg gebracht. Sie möchte ein tragfähiges Instrumentarium schaffen, „um bestehende Liquiditätsengpässe zeitnah zu überwinden und die Stabilität des deutschen Finanzmarktes zu stärken“.

„Nach derzeitigem Eindruck sind die Marktkräfte allein nicht mehr in der Lage, das System zu stabilisieren. In dieser Krisensituation ist es fundamentale Aufgabe des Staates, das Vertrauen in den Finanzmarkt wiederherzustellen und eine weitere Zuspitzung der Finanzmarktkrise zu verhindern. Die dramatische aktuelle Lage hat überall in Europa staatliche Interventionen zum kurzfristigen Krisenmanagement erforderlich gemacht und zwingt die Bundesregierung kurzfristig zu einem unmittelbaren und entschiedenen Eingreifen. Dies erfordert Kredit- und Garantiermächtigungen in erheblichem Umfang“, lautet die Begründung für die von der Regierung beschlossene Rettungsaktion.

Massive Interventionen auch in Deutschland

Die Bundesregierung wird – wie andere Regierungen rund um den Globus auch – massive Unterstützungen für den Finanzsektor aktivieren. Sie will dadurch die Spareinlagen aller Bürger sichern sowie Arbeitsplätze und Wachstum in Deutschland schützen. Bis zu 500 Milliarden € will die Bundesregierung einsetzen, um neues Vertrauen zu schaffen und drohende Bankenpleiten zu verhindern. Einen Rechtsanspruch auf diese staatliche Unterstützung gibt es allerdings nicht.

Die Bundesregierung als Bürge für Banken

Der Milliardenbetrag – dafür könnten 25 000 000 VW Golf zum Preis von je 20 000 € gekauft werden – wird allerdings nicht aus dem Bundeshaushalt auf die Konten der Banken in Deutschland überwiesen. Die Regierung setzt zum einen auf Bürgschaften. Eine Bürgschaft bedeutet Sicherheit für Gläubiger: Kann ein Kreditnehmer nicht zahlen, muss der Bürge ohne Wenn und Aber für die Zahlungsverpflichtungen aufkommen. Der Staat will also die Rolle des Bürgen übernehmen.

Kernstück ist die Gründung eines „Finanzmarktstabilisierungsfonds“, für den die Bundesregierung bis zum 31. Dezember 2009 Garantien in Höhe von 400 Milliarden € abgibt. Die Bundesregierung bürgt damit für Kredite, die sich Banken untereinander gewähren. Fällt einer dieser Schuldtitel aus, tritt der Staat ein und übernimmt die Verpflichtungen.

Zum anderen plant die Bundesregierung direkte Finanzhilfen. 80 Milliarden € sind für staatliche Bankbeteiligungen über Aktien oder für den Kauf von faulen Krediten vorgesehen. 20 Milliarden € dienen als haushaltsrechtliche Vorsorge, falls Bürgschaften tatsächlich fällig werden und umgehend bedient werden müssen.

In welcher Höhe das Maßnahmenpaket der Bundesregierung schließlich in Anspruch genommen wird, hängt vom Umfang der Hilfen für Banken ab und davon, wie schnell sich die prekäre Situation auf den Finanzmärkten beruhigt.

Vertrauensbildende Maßnahmen

Der „Finanzmarktstabilisierungsfonds“ wird unter der Aufsicht des Bundesfinanzministeriums gebildet. Der Fonds ist nicht Bestandteil des Bundeshaushalts, sondern zählt zum „Sondervermögen“ des Bundes. Durch diese – rechtlich erlaubte – Konstruktion kann der Bundesfinanzminister strengere haushaltsrechtliche Vorschriften umgehen. Die Verwaltung des Fonds übernimmt die Deutsche Bundesbank.

Banken, die den Fonds nutzen wollen, müssen laut Gesetzentwurf „Gewähr für eine solide und umsichtige Geschäftspolitik bieten“. Möglicherweise ist dieser Grundsatz in den letzten Jahren stark vernachlässigt worden.

Sollte eine unterstützte Bank ihre schwierige Situation überwunden haben, wird für die Bereitstellung der Bürgschaft eine Gebühr von zwei Prozent der verbürgten Summe fällig. All das soll für die notwendige „Liquidität“ im Bankenbereich sorgen und Vertrauen schaffen.



„Vertrauen ist die wichtigste Währung der Wirtschaft. Dieses Vertrauen wird der Staat schützen.“

Angela Merkel

Obwohl die Europäische Zentralbank zurzeit Geld – Liquidität im Fachjargon der Finanzexperten – im Überfluss zur Verfügung stellt und mit einer Zinssenkung Anfang Oktober auch die Kreditaufnahme erleichtert hat, ist der Kreditverkehr nahezu zum Erliegen gekommen. Banken leihen sich gegenseitig kein Geld mehr. Zusätzlich scheint auch die Kreditvergabe der Banken an Unternehmen und Privatleute zu stocken. Die Banken verzichten auf die Kreditvergabe. Sie fürchten, dass die Kredite nicht zurückgezahlt werden, dass die Kreditnehmer schon auf faulen Krediten sitzen oder bereits zahlungsunfähig sind. Es fehlt an Vertrauen. In dieser Situation will jetzt die Bundesregierung die Risiken übernehmen.

Im Großen und Ganzen will die Bundesregierung aber nur mittelbar auf die Leitung der Banken einwirken. Im Gegenzug kann sie Auflagen in Bezug auf die geschäftspolitische Ausrichtung, auf Managementvergütungen oder Dividendenzahlungen machen. Sie kann Bedingungen für die „geschäftspolitische Ausrichtung“ – vor allem die Kredit-

gewährung an den Mittelstand – vorschreiben. Auch für die Managervergütung und die Dividendenausschüttung dürfen Vorgaben gemacht werden. Der direkte Eingriff in die Unternehmensführung ist – momentan zumindest – nicht vorgesehen. Es hat sich in jüngster Vergangenheit gezeigt, dass nach politischen Vorgaben ausgewähltes Personal nicht zwangsläufig bessere Banker sind, siehe KfW und Landesbanken: Diese Institute haben sich trotz staatlicher Aufsicht „verzockt“. Trotzdem profitieren auch die Landesbanken vom Hilfspaket, weil zum Beispiel die Bilanzierungsregeln für faule Kredite und wertlose Derivate zugunsten aller Banken geändert werden.

Staat als Retter – Markt war gestern

Die Situation ist zu dramatisch und zu undurchschaubar, als dass man das geplante Maßnahmenpaket pauschal verdammten sollte. Im marktwirtschaftlichen Idealfall wäre die Problemlösung einfach: Marktteilnehmer, die aus welchen Gründen auch immer schlecht gewirtschaftet haben, scheiden aus dem Markt aus. Für entstandene Schäden haften die Verantwortlichen. Auch Banken und ihre Chefs unterliegen diesen Marktkräften; schon immer hat es Bankpleiten gegeben. Der „Marktaustritt“, wie Ökonomen es nennen, ist ein wichtiges Korrektiv der Marktwirtschaft und hilft, unwirtschaftliches Verhalten zu begrenzen.

Von der staatlich angestrebten Stabilisierung profitieren vor allem die Banken, die we-

nig seriös gearbeitet und sich am heftigsten verspekuliert haben. Belohnt werden also diejenigen, die die bedrohliche Situation mit ausgelöst haben – eine Wettbewerbsverzerrung zulasten besser geführter Geldhäuser. Der staatliche Eingriff mag weitere Auswirkungen nach sich ziehen: Anleger und Sparer könnten dazu verleitet werden, Bonität und Seriosität einer Bank weniger genau zu prüfen: Der Staat wird's im Pleitefall schon richten.

Schlüsselbereich der Marktwirtschaft sichern

Das aktuelle Problem liegt nun in der Dimension der drohenden Bankeninsolvenzen: Addiert man die weltweit infrage stehenden Summen, geht es um Billionenbeträge. Es widerspricht marktwirtschaftlichen Grundsätzen, aber weil die Aktivitäten weniger Akteure an den Finanzmärkten bereits immense Schäden verursacht haben und vielen Millionen Menschen weiteren Schaden zufügen würden, könnte die Politik diesmal zum Eingreifen gezwungen sein. Diese quantitative Argumentation allein reicht nicht, um staatliche Rettungsaktionen zu begründen: Es werden sich in allen Branchen genügend große Unternehmen finden lassen, die im Falle ihrer Pleite enorme Schäden verursachen und damit den Eingriff des Staates erzwingen würden. Die europäische Automobilindustrie hat bereits Anfang Oktober angedeutet, ein staatlicher 40-Milliarden-€-Kredit würde ihrer Branche guttun.

Größe allein ist also unzureichend als Argument für

Staatshilfen. Bei der Finanzkrise kommt allerdings hinzu, dass mit den Banken ein Schlüsselbereich der Marktwirtschaft betroffen ist. Das Finanzsystem hat die Aufgabe, Wirtschaft und Verbraucher mit Geld zu versorgen und diese Geldversorgung dauerhaft sicherzustellen. Ist die Geldversorgung gestört, bricht über kurz oder lang die gesamte Wirtschaft zusammen. Wohl deshalb sind alle Experten nahezu unisono einig: Die staatliche Stabilisierung des Finanzsystems ist notwendig. Die Frage „Zu welchem Preis?“ wird zunächst vertagt.

Noch offen: Wer wird das bezahlen?

De facto übernimmt die Bundesregierung mit ihrem Hilfspaket zunächst bis Ende 2009 unternehmerische Risiken. Genauer: Die Risiken trägt im Fall der Fälle der Steuerzahler. Sollten sich unterstützte Banken trotz massiver Staatshilfe nicht erholen, werden die Bürger für die dann fälligen Milliardenbeträge einstehen müssen.

Will die Bundesregierung neue Staatsschulden vermeiden – immerhin sitzt allein der Bund zurzeit auf rund 900 Milliarden € Schulden –, bliebe zur Finanzierung lediglich der Weg über Steuererhöhungen. Die Begeisterung der Bürger darüber dürfte sich in engen Grenzen halten. Bleibt also doch nur die staatliche Neuverschuldung. Aber: War es nicht das systematische und gewinnsteigernde Verschulden in der Finanzwelt, das zum Desaster geführt hat?

Andreas Schirmer

Bankbilanzen

Bilanzsummen 2007
in Milliarden €

Deutsche Bank AG	2 020
Commerzbank AG	616
DZ Bank	431
Bayern LB	416
Hypo Real Estate	400
KfW Bankengruppe	354
West LB	287
Postbank AG	203
Sparkasse Köln Bonn	32

Quelle: Bundesverband Deutscher Banken



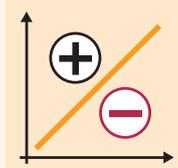
„Freiheit ohne das Gefühl der Bindung und Verantwortung treibt zur Entartung und zum Chaos!“

Ludwig Erhard

IM KLARTEXT

Oktober 2008

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Oktober 2008

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung ⊕

Gute Nachrichten vom Lehrstellenmarkt: Erstmals seit 2001 gibt es in diesem Jahr rein rechnerisch mehr freie Lehrstellen als unversorgte Bewerber. In der Lehrstellenbilanz der Bundesagentur für Arbeit (BA) standen Ende September 14 500 unversorgten Bewerbern 19 500 unbesetzte Lehrstellen gegenüber. Im vorigen Jahr fehlten zu diesem Zeitpunkt noch 14 300 Ausbildungsplätze.

Nach BA-Angaben wurden von Oktober 2007 bis September 2008 den örtlichen Arbeitsagenturen 511 600 betriebliche und 78 900 außerbetriebliche Ausbildungsplätze gemeldet. Allein die Zahl der betrieblichen Lehrstellen sei damit um 10 400 gestiegen.

Lehrstellen

fehlende (-) oder überzählige (+) Ausbildungsplätze, Ende September

2004	- 30 700
2005	- 27 900
2006	- 34 100
2007	- 14 300
2008	+ 19 500

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Dem hätten 620 200 Bewerber gegenübergestanden, 113 800 weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Neben dem positiven konjunkturellen Umfeld habe auch die sinkende Zahl der Schulabgänger zu der Entspannung des Ausbildungsmarktes beigetragen, sagte BA-Vorstandsmitglied Raimund Becker.

Eigenverantwortung ⊖

Die Deutschen sparen einer Studie der Postbank zufolge durchschnittlich 188 € im Monat für's Alter; 2007 investierten sie noch 202 €. Außerdem glaubt erstmals seit drei Jahren eine Mehrheit der Berufstätigen, für das Alter ausreichend vorgesorgt zu haben. Höhere Lebenserwartung und Inflationsraten spielen bei ihren Überlegungen keine Rolle.

Von den Befragten sagten 52 Prozent, dass sie keinen Ausbau der privaten Altersvorsorge planen. Lediglich das Interesse am Erwerb eines Eigenheims hat sich zulasten anderer privater Vorsorgeformen gegenüber 2007 erhöht: 65 Prozent sehen das Haus oder

Vorsorge

Was ist die ideale Altersvorsorge? (Mehrfachnennungen möglich)

staatliche Rente	73 %
Eigenheim	58 %
Betriebsrente	44 %
private Rente	41 %
private Riesterreente	31 %
betriebliche Riesterreente	18 %

Quelle: Postbank

die eigene Wohnung als ideale Form der Alterssicherung an, vor einem Jahr waren es 58 Prozent. Von den Berufstätigen finden sogar 68 Prozent, Wohneigentum sei die ideale Alterssicherung. Leben Kinder im Haushalt, steigt die Zahl sogar auf 72 Prozent.

Viele der Befragten fühlen sich unsicher und uninformiert. Gründe dafür seien die Vielzahl der Finanzprodukte, sich ständig ändernde Gesetze zur Förderung und Besteuerung sowie negative Nachrichten rund um die Bankenkrise.

Geldwertstabilität ⊕

Vor allem aufgrund steigender Nahrungsmittel- und Energiepreise lag die Teuerungsrate in den vergangenen Mona-

ten über der Drei-Prozent-Marke. Für September hat das Statistische Bundesamt nun einen Anstieg des Verbraucherpreisindex gegenüber September 2007 von 2,9 Prozent ermittelt. Im Vergleich zum Vormonat August 2008 verringerte sich der Index allerdings. Der Preisauftrieb hat sich leicht abgeschwächt, denn in diesem Jahr hatten die Jahresteuersraten von Mai bis August noch bei drei Prozent und darüber gelegen.

Nach Definition der Europäischen Zentralbank liegt Preisstabilität vor, wenn die Inflationsrate nicht mehr als zwei Prozent beträgt.

Verbraucherpreise

Veränderungsraten 2008, jeweils zum Vorjahr

Januar	2,8 %
Februar	2,8 %
März	3,1 %
April	2,4 %
Mai	3,0 %
Juni	3,3 %
Juli	3,3 %
August	3,1 %
September	2,9 %

Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johannerstraße 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: CDU (innen)
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard